

Die „Freiheit“ erscheint morgens aus wochentags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition (siehe oben) 18,- M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., postlich. Belarus-Russland, von Berlin für Ostpreußen und Ostpreußen 20,- M. Abonnement, Expedition und Verlag: Berlin S. O. Breite Straße 8-9.

Die schlagende Wappentafel über dem Namen kostet 1,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Aufrufe Anzeigen laut Tarif. Realitäten-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2848, 4619 4623, 4635, 4648, 4622.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neuwahlen in Sachsen

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Am 28. Oktober ist die Volkstammer nach einer kurzen Herbsttagung geschlossen worden. Eine Anzahl Regierungsvorlagen sind unerledigt geblieben; noch bis in die letzten Tage vor Schluß wurden neue eingebracht. Die kurze Nachsitzung hatte vor allem die Aufgabe, an Stelle des provisorischen Staatsgrundgesetzes eine neue Verfassung zu schaffen, die denn auch nach langen und eingehenden Beratungen im Ausschuss zustande gekommen ist. Das Ergebnis weicht in grundsätzlichen Fragen weit ab von der ursprünglichen Regierungsvorlage. Diese Veränderungen im neuesten Gesetze sind meist unter dem ausschlaggebenden Einfluß der Mehrheit beider sozialistischen Fraktionen gegen die bürgerlichen Parteien zustande gekommen, während in der Regierungsvorlage das umgekehrte Verhältnis in die Erscheinung getreten war. Obwohl die Rechtssozialisten in der Regierung die Mehrheit bilden!

Man darf sagen, daß die so gestaltete und Gesetz gewordene Verfassung alle Konsequenzen der rein konstitutionellen Demokratie zieht. In allen wichtigen Fragen trifft das Parlament die Entscheidung selbst. Die Regierung ist in der Hauptsache nur noch ein Verwaltungskörper, der zwar Initiative entwickeln, aber sie nur mit Zustimmung des Landtags — so soll das neue Parlament wieder heißen — durchführen kann. Letzten Endes sind Parlament und Regierung der unmittelbare Ausdruck des Volkswillens, soweit unter der Herrschaft der politischen Demokratie davon überhaupt die Rede sein kann. Die Verfassung steht Volksentscheid und Volksbegehren in allen wichtigen Fragen der Politik und Verwaltung vor. In einem Lande mit sozialistischer Mehrheit, wie sie in Sachsen zur Zeit besteht und hoffentlich nach der Neuwahl wiederkehrt, kann ein solcher Zustand immerhin ein beachtlicher Hebel im Sinne freier Willkür Weiterentwicklung werden, wenn die sozialistischen Gruppen es verstehen, einen einheitlichen revolutionären Machtwillen hervorzubringen.

In Rücksicht auf diese und auch auf die durch die Spaltung der Unabhängigen veränderte Parteikonstellation darf den Neuwahlen in Sachsen, die am 14. November stattfinden, Bedeutung über die Grenzen des Landes hinaus zugemessen werden. In Bezug auf die Wahlbeteiligung kann man mit etwa neun — vielleicht auch noch mehr! — verschiedenen Listen rechnen. Davon entfallen vier auf bekannte bürgerliche Parteien, und ebenfalls nicht weniger als vier auf sozialistische Gruppen: Rechtssozialisten, Unabhängige, Kommunisten und Neukommunisten. Die letzteren erstehen mit der Aufstellung selbständiger Wahlvorschläge den Gipfel politischen Anstrebens und Wirrwarrs. Sie, die in Wochen ganz sicher — als unabwendbare Konsequenz der Moskauer Bedingungen — mit den Kommunisten organisatorisch verbunden, das heißt in diese Partei aufgegangen sein werden, wählen nicht die Liste ihrer Parteifreunde. Das ist sehr bezeichnend! Wagen sie das noch nicht? Oder handeln sie nur so in Fortsetzung des albernsten jektischen Manövers, weiter unabhängige Sozialdemokraten scheinen zu wollen? Wahrscheinlich trifft beides zu. So bedauerlich diese Zersplitterung der proletarischen Kräfte bei dieser Wahl an sich ist, so wird sie doch auch ihr gutes haben. Es wird sich nämlich zeigen, wie stark die Gruppe ist, die von unserer Partei nach Halle zu den Kommunisten stieß. Die Neukommunisten scheinen für alle drei sächsischen Wahlkreise ein und dieselbe Liste aufgestellt zu haben. Wenigstens ist ihr Spitzenkandidat in allen Kreisen derselbe: Friedrich Geyer. So heißt der Vater, der in Sachsen durch seine langjährige politische Tätigkeit bis vor Halle verdientes Ansehen hatte. Ob dieser Geyer jener Spitzenkandidat ist, oder sein anderer Sohn, der auch Friedrich heißt, scheint noch nicht festzustellen. Friedrich Geyer jun. ist zur Zeit Stadtrat in Wilkau, einem Arbeiterort bei Zwickau. Politisch weiß man aus früherer Zeit nichts von ihm. Neukommunist wird er aber wohl schon der politischen Konformität der Familie wegen sein. Das geht uns nichts an. Der Irreführung mit dem Namen muß aber vorgebeugt werden. Aber auch mit Geyer sen. wäre es doch eine eigene Sache. Seine schwankende und unschlüssige Zurückhaltung während der Konfliktzeit in der Partei ist in Sachsen allgemein aufgefallen. Deshalb begrüßen es alle Genossen, als der alte Kämpfer auf der Landesversammlung der U. S. P. D. Mitte September 1920 endlich sich zu den Moskauer Bedingungen äußerte und sich dagegen erklärte. Er trat für eine Vonderung, besonders der schwersten und entscheidenden Bedingungen ein. Das konnte man eigentlich nicht anders erwarten, wenn angenommen werden sollte, daß Geyer sen. seiner eigenen, langen und rühmlichen Parteivergangenheit treu bliebe. Vier Wochen später hat er sich in Halle gegen-tätig entschieden. Man staunt. Freilich wäre es recht schlimm für den Vater gewesen, sich vom Sohne Kurt als Konterrevolutionär bezeichnen lassen zu müssen. Und so gab das Familieninteresse wohl den Ausschlag.

Die Wahl der Volkstammer am 2. Februar 1919 brachte eine sozialdemokratische Mehrheit; von 96 Mandaten erhielten die Rechtssozialisten 42, die Unabhängigen 15. Die letzte

Der Wiederaufbau der Internationale

Einberufung einer internationalen Konferenz

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

London, 29. Oktober.

Der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. P. W.) beschloß, die Initiative zur Einberufung einer Konferenz aller jener sozialistischen Parteien zu ergreifen, die aus der zweiten Internationale ausgetreten sind und in Anbetracht der 21 Punkte sich der dritten Internationale nicht anschließen können.

Zürich, 29. Oktober.

Die sozialistische Partei der Schweiz hat beschlossen, zum 27. und 28. November nach dem Werner Volkshaus eine Konferenz von Vertretern derjenigen Parteioptionen einzuberufen, die seinerzeit aus der zweiten Internationale ausgetreten sind, aber infolge der 21 Bedingungen nicht in die dritte Internationale eintreten können. Die Konferenz soll prüfen, wie das Verhältnis dieser Parteien zur dritten Internationale geordnet werden könne bis zu dem Zeitpunkt, da auch ihnen der Beitritt ermöglicht werde.

Wie wir weiter erfahren, soll sich auch der zum 5. November einberufene Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie mit der Frage der Einberufung einer Konferenz der aus der zweiten Internationale ausgeschiedenen Parteien befassen. Alle diese Anregungen und Beschlüsse, die sich mit den von unserer Partei bereits eingeleiteten vorbereitenden Schritten vollkommen decken, zeigen, wie lebhaft in allen Ländern das Bedürfnis empfunden wird, den durch die Moskauer Zertrümmerungspolitik gehemmten internationalen Zusammenschluß des revolutionären Proletariats auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Moskauer Internationale die große Aufgabe, die ihr zugefallen war, nicht zu bewältigen verstand und in sektiererischer Verblendung das Vertrauen, das das Proletariat der ganzen Welt in sie gesetzt hatte, nicht gerechtfertigt hat. Statt eines Zusammenschlusses der revolutionären proletarischen Parteien hat sie lediglich der Spaltung und Zertrümmerung dieser Parteien Tür und Tor geöffnet; statt einer wahrhaft internationalen Organisation der kämpfenden proletarischen Massen hat sie das Zertrüben einer internationalen Sekte ins Leben gerufen, die die Massen des sozialistischen, klassenbewußten Proletariats von ihr fortschleudert.

Die Aufgabe, die Moskau nicht erfüllte und nicht erfüllen kann, solange die rückständige hoffgewaltige Ideologie die Theorie und Praxis der Kommunisten beherrscht, muß nun von den revolutionären marxistischen Elementen der internationalen Arbeiterbewegung in die Hand genommen werden. Allzulange ist damit, im Vertrauen auf Moskau, gezögert worden. Nun heißt das Interesse der internationalen revolutionären Bewegung, das Interesse der Weltrevolution, die Inangriffnahme dieser Aufgabe. Die Parteien, denen die 21 Punkte den Weg zum Zusammenschluß mit Moskau versperren, werden nun in gemeinsamer brüderlicher Arbeit Mittel und Wege finden müssen, um jene

Reichstagswahl am 6. Juni 1920 ergab jedoch eine wesentliche Verschiebung in dem Verhältnis beider sozialistischen Parteien zueinander. Die Unabhängigen erhielten von allen Parteien die meisten Stimmen, die Rechtssozialisten rückten an die zweite Stelle. Die Kommunisten brachten es auf reichlich 100 000 Stimmen, wovon allein auf den Chemnitzer Bezirk rund 80 000 entfielen. Bleibt das so, dann würden sie im neuen Landtag vier Sitze erhalten. Die bürgerlichen Parteien, besonders aber die Rechtssozialisten, erhoffen eine Stärkung ihrer Position, die Rechtler möchten wieder an die erste Stelle kommen. Wenn das gelingt, dann wären die Neukommunisten daran schuld, deren Stimmen wahrscheinlich in einem positiven Erfolg überhaupt nicht in Erscheinung treten, die Linke aber schwächen können. Es muß und wird natürlich alles versucht werden, diesen „Erfolg“ zu verhindern. Es darf auf keinen Fall zu einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber den sozialistischen Gruppen kommen. Nach der Wahl wird selbstverständlich die Frage der Neubildung der Regierung sofort wieder aktuell. Die jetzige, aus Rechtssozialisten und zwei Demokraten bestehende Regierung blieb nur als reiner Verwaltungskörper noch im Amte. Seit dem 6. Juni steht ihr die erforderliche Mehrheit im Volke. Eine sofortige Demission wäre nötig gewesen. Die Unabhängigen lehnten aus bekannten Gründen in der damaligen Situation die Teilnahme an der Regierung ab. Schließlich einigte man sich darüber, die Veränderung bis nach Neuwahl des Landtags zu verschieben. Das weitere wird sich daraus ergeben und dann wird auch von uns Stellung zu nehmen sein. Die Regierungen der

Internationalen, die vorläufig nur im Herzen und Bewußtsein der proletarischen Massen lebt, die aber in Moskau noch keine entsprechende Form gefunden hat, ins Leben zu rufen und einen gemeinsamen Kampfboden für das Proletariat des Ostens und des Westens zu schaffen.

Die Abstimmung unter den englischen Bergarbeitern

St. London, 29. Oktober.

Die Wahlzettel, auf denen die Bergarbeiter aufgefordert werden, ihre Stimme für oder gegen die Annahme der Regierungsbedingungen abzugeben, bringen eine vollständig unparteiliche Uebersicht über die Regelung der Streitfragen. Außerdem enthalten die Zettel den Rat des Vollzugsrats für die Annahme der Bedingungen. Es wird das Vertrauen ausgesprochen, daß die Mehrheit eine solche Aktion des Vollzugsausschusses unterstützen werde.

Das Verhandlungsergebnis zwischen Regierung und Bergarbeitern wurde gestern nachmittag den Vertretern des Landesverbandes der Eisenbahner mitgeteilt, die versprochen hatten, die Bergarbeiter nötigenfalls aktiv zu unterstützen. Die Versammlung beschloß einstimmig, in Abwartung der Abstimmung der Bergarbeiter keine weiteren Schritte zu unternehmen. Der Sekretär des Eisenbahnerverbandes Thomas sprach die Hoffnung aus, daß die Bergarbeiter die Massschläge ihrer Führer annehmen würden. Es ist, so sagt er, noch niemals etwas Gutes dabei herausgekommen, wenn der Rat der Führer in solchen delikaten und schwierigen Fällen außeracht gelassen wurde.

Die Schadenersatzfrage

Beschlüsse der Londoner Konferenz

St. Brüssel, 30. Oktober.

Die belgische Regierung erhielt gestern eine Mitteilung, daß folgende Vorschläge zur Lösung der Schadenersatzfrage auf der Londoner Konferenz gemacht wurden:

1. Die Sachverständigen, die von der Schadenersatzkommission ernannt werden, werden in Brüssel zusammentreten, um die Vorschläge der deutschen Sachverständigen, die zu dieser Zusammenkunft zugelassen werden, zu untersuchen.
 2. Die Berichte werden der Konferenz der Allierten, die in Genf oder irgendwo anders stattfinden wird und bei denen Deutsche gleichfalls vertreten sein sollen, unterbreitet werden.
 3. Die Ergebnisse der unter Nr. 2 erwähnten Zusammenkunft werden der Kommission mitgeteilt, die daraufhin ihre Entscheidungen trifft.
 4. Diese Entscheidungen werden dem Obersten Rat der Allierten mitgeteilt, der Maßnahmen festlegen wird, die die Ausführung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen sichern sollen. Falls Deutschland den Verpflichtungen nicht Folge leisten würde, würden die Allierten Maßnahmen zur Befehung treffen.
- Wie verlautet, wird die belgische Regierung die Sachverständigen nach Brüssel zusammenberufen, wo sämtliche Entscheidungen getroffen werden sollen.

einzelnen Länder haben ja politisch bei weitem nicht mehr die frühere Bedeutung. Die Grundlage der Selbständigkeit, die Finanz- und Steuerhoheit, ist ihnen genommen. Die Ministerien der Einzelstaaten sind heute nicht viel mehr als Abteilungen der Reichsregierung. Immerhin ist es nicht gleichgültig und unwichtig, wie die Initiative dort ausfällt, wo sie noch entwickelt und verwirklicht werden kann. — Die halbierete, gemeinsame Regierung zwischen Rechtssozialisten und Unabhängigen hat sich in Sachsen, wo sie unmittelbar nach der Revolution im System der Volksbeauftragten zwei Monate bestand, nicht zweckmäßig erwiesen. Warum, das ist schon wiederholt dargelegt worden. In dem sächsischen Vorgang muß aber doch gerade in der gegenwärtigen Situation erinnert werden. Denn es hätte damals anders und besser sein können, wenn nicht die Spartakisten im Augenblick schnellen und entschlossenen Handelns ebenso elend versagt hätten wie überall. Wir brauchen in Sachsen an Stelle der fortgejagten alten Regierung sechs Vertreter der Arbeiterklasse, der Revolution. In einer Sitzung der drei sozialistischen Gruppen, in der das ganze Land vertreten war, einigte man sich dahin, daß Rechtssozialisten, Unabhängige und Spartakisten je zwei Männer stellen sollten. An dieser Sitzung nahmen auch Kühle und Hedert-Chemnitz teil. Kühle lehnte von vornherein ab. Hedert sagte zu. Am andern Tage kam er von Chemnitz zurück mit dem Bescheid, daß auch er und seine Freunde ablehnten in die Regierung einzutreten. Später haben aber diese mutigen Zeitgenossen Kübel von Unrat über die erbärmlichen Volksbeauftragten und deren Regierung ausgegüßt, die sie aus Mangel an Konsequenz selber in Ruhe

liegen. In Anbetracht der kommenden Entwicklung ist es nötig, an diese Vorgänge zu erinnern.

Im übrigen steht die Unabhängige Sozialdemokratie in Sachsen dem Ausfall der Wahl trotz alledem mit Zuversicht entgegen. Die Agitation aber, die in vollem Gange ist, wird selbstredend zu großzügiger Propaganda für unsere Grundzüge und die Sache des revolutionären Proletariats nach Kräften genutzt.

Die tägliche Lüge

Richtigter mühte es heißen, eine von den zahllosen täglichen Lügen, mit denen die Kommunisten den Kampf gegen die U. S. P. D. führen. Die „rote Fahne“ schreibt heute: „Waren es nicht die unabhängigen Führer, die die Bewaffnung des revolutionären Proletariats in den Kapp-Tagen vereitelten?“

Bewußte Lüge! Im Ruhrgebiet, wie an so vielen anderen Stellen des Reiches haben die Unabhängigen die Bewaffnung durchgeführt und das gesamte Proletariat einheitlich und geschlossen einen Kampf gegen die konterrevolutionären Truppen geführt. Wenn es nicht gelang, den Kampf einheitlich abzubrechen, wenn durch eine große Anzahl Opfer unnütz gebracht wurden, so tragen dafür kommunistische Wirrköpfe die Verantwortung. In Berlin war es Däumig, der in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse eine bewaffnete Aktion verhinderte. Es waren damals aber auch die Mitglieder der kommunistischen Zentrale, die dieselbe Ansicht mit großem Nachdruck vertraten. Heute will das Organ dieser Leute den Arbeitern einreden, die „rechten U. S. P.-Führer“ hätten die Bewaffnung verhindert.

So leben diese Leute von der Lüge, aber sie werden daran auch sterben.

Die Klage der Enttäuschten

Das Organ der Neukommunisten ist wütend. Sie beschwerten sich darüber, daß das von ihnen angerufene bürgerliche Gericht, das über das Parteivermögen der U. S. P. D. entscheiden sollte, eine andere juristische Auffassung hat, als sie es wünschen. Grund genug, um die bösen Unabhängigen in der gefährlichsten Form zu beschimpfen.

Die Neukommunisten glaubten durch Anrufung eines bürgerlichen Gerichts die Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches für sich in Anspruch zu nehmen. Sehr resigniert schreibt das Blatt, daß die Neukommunisten zwar wenig Vertrauen zu den bürgerlichen Gerichten haben, aber „immerhin mußte der Versuch unternommen werden, den Parteimitgliedern die von ihnen aufgetragenen Gelder zu sichern“. Trotz der Abfuhr, die sie nunmehr bekommen haben, soll dieser Versuch fortgesetzt werden, „um immer erneut festzustellen, daß gegenüber dem unbestreitbaren Recht der Mehrheit das jamose bürgerliche Recht sich wunderbar dazu gebrauchen läßt, dem rechts abgewandten Bruchteil der Partei unter die Arme zu greifen“.

Am Schluß des „Berichts“ über die Gerichtsverhandlung beschwert sich das Blatt weinerlich, daß all die von ihnen vorgebrachten Gründe nichts geholfen haben, es gäbe „immer wieder Paragraphen des bürgerlichen Rechts, durch die es den Hilferdingen gelingt wird, offenkundiges Unrecht als ein Recht im Sinne der bürgerlichen Klasse erscheinen zu lassen“. Mit Empörung erklärt das Blatt, daß sie weiter solche Feststellungen erzwängen werde, „um zu zeigen, von welchem Geist die Hilferdinge erfüllt sind, und welcher Geist sie schützt“.

Und die Moral von der Geschichte? Wenn dich jemand poischen will, dann halte still, denn wenn du ihm die Peitsche fortnimmt, bist du ein ehroloses Subjekt!

Erhaltung der Fliegerwerft in Gotha. Nach langwierigen Verhandlungen genehmigte die Entente die Gebäude der hiesigen Fliegerwerft, welche nach dem Wortsaut des Friedensvertrages abgerissen werden müßten, für industrielle Zwecke erhalten bleiben.

Der portugiesische Gesandte in Berlin. Lambertini Pinto ist zum portugiesischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Konstabler

Unhaltbar Bahnhof. Vor dem Hauptportal eine seltsam anmutende Meere. Kein Chaos von Autos, Droßkfen, numerierten Gepäckträgern und lärmenden, Zeitungsvorkäufern, wie sonst — Nur das Auge des Geheles wacht — und zwar nicht zu Fuß, wie sonst üblich, sondern hoch zu Roß. Der reitende Schutzmänn, der bald nach der Revolution aus dem Strahlenbild verschwand, kann seine Aufrechterhaltung im Sicherheitskavalieristen feiern.

Stolz, wie die Spanier, halten die berittenen Grünen vor dem Bahnhofshauptportal Wacht. Welche dem Strahlenhändler, der es wagen sollte, sich in der Nähe der Polizeiholenden niederzulassen! Diese Berührter des Geheles von der Höhe des Bahnhofs fernzuhalten, scheint zu den Hauptfunktionen der grünen Reiter zu gehören. Köschewistenhorden sind ja nicht in der Nähe... desgleichen keine Baltikumer. Aber die sind ja „Gut Freund!“

Wenn man es recht bedenkt, so ist der reitende Polizist nicht nur überflüssig, sondern auch recht kostspielig. Früher konnten wir uns vielmehr den Luxus leisten, an jeder Straßenecke einen reitenden Schutzmänn zur Schau zu stellen... Der Zweck war zwar nicht recht erfüllbar, aber wir hatten es ja dazu. Außerdem wirkte es immer so hübsch provozierend.

Es scheint jedoch zu den Besonderheiten jeder deutschen Revolution zu gehören, daß nach dem Abflauen der hochgehenden Wogen der Erregung die herrschende Klasse sich durch Vermehrung der Polizei vor dem drohenden Umsturz zu schützen wußte.

Imno 48 sang Adolf Glahbrenner in Berlin darüber nachstehendes Plebän:

Tret' id des Morjens aus det Haus,
Bejeinet mir 'n Konstabler!
An kaum bin id zehn Schritte raus,
So komm'n en Paar Konstabler!
Bis zu der Arbeitsstelle hin
Sch' id noch drei Konstabler!!!
Und wenn id angekommen bin,
Da find' id vier Konstabler!!!!
Jeh' id det Abends wieder fort,
So stehn mit mir Konstabler!!!!
An unterwegs an jeden Ort,
Aff jeden Fied Konstabler!!!!
Wend id mir rechts, wend id mir links,
Id Hohe uff Konstabler!!!!
An noch im Traume schlechterdings
Umgeben mit Konstabler!!!!
Nu halt id' länger nicht mehr aus
Hier, unter die Konstabler!!!!
Id Herbe: uf den Frieohof, Traus,
Da stehn ooch Konstabler!!!!

W e m o.

Neukommunistische Kampfweise

Die „Mansfelder Volkszeitung“, deren Redakteur Schneider ins Lager der Neukommunisten übergetreten ist, bringt gegen den Genossen Dr. Rosenfeld eine Notiz, die so recht erkennen läßt, auf welchem Niveau die Neukommunisten den Kampf gegen uns führen. Das Mansfelder Blatt veröffentlicht die unwahre Behauptung, daß Genosse Dr. Rosenfeld im Auftrag eines Herrn Biez den Redakteur Schneider von der „Mansfelder Volkszeitung“ vertrieben habe. In Wahrheit hat nicht Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, sondern der rechtssozialistische Rechtsanwalt Dr. Siegfried Rosenfeld diese Klage erhoben. Vor- und Zunamen des Rechtsanwalts steht an der Spitze der Klage. Der vertriebene Redakteur muß die Klage gelesen haben. Er hat daher wider besseres Wissen den Genossen Dr. Rosenfeld verdrängt.

Aber die „Mansfelder Volkszeitung“ begnügt sich nicht mit dieser Verdrängung. Sie bringt ihre Falschmeldung unter der Überschrift „In Cassel gelandet“, und sie schreibt dazu: „Die Verbrüderung hat begonnen. Die rechtssozialistischen Sägen finden ihre Helfer bereits in den Reihen der Hilferdinge.“ Die „Mansfelder Volkszeitung“ glaubt offenbar, einen neuen Beweis für die Behauptung der Neukommunisten bringen zu können, daß unsere Partei Anschlag an die Scheidemannler mache. Mit diesem Beweis ist das Neukommunistische Blatt allerdings gründlich heringefallen.

Zur Charakterisierung der „Mansfelder Volkszeitung“ drucken wir noch ab, was diese Zeitung vom Genossen Dr. Rosenfeld schreibt: „Er ist nun glücklich in Cassel gelandet und hat sich bereits so Scheidemannler, daß er als Redaktionsleiter der Mehrheitsorganen gegen U. S. P.-Redakteure fungieren darf. Wir wünschen ihm guten Erfolg. Vielleicht ist bei den Scheidemannlern mehr Geld zu verdienen.“ Armelige Schmierfinken! Wir haben nicht nötig, den Genossen Rosenfeld gegen die, den Verdacht zu verteidigen, selbst die Freunde des Herrn Schneider werden wohl Scham empfinden, daß einer der ihrigen ein derartiges Niveau erreicht hat.

Der Untersuchungsausschuß

Bekanntlich hat der Reichstag bereits im Juli beschlossen, daß der von der Nationalversammlung eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß über die Kriegsschuld aufs neue in Funktion treten soll. Bis jetzt ist dieser Ausschuß aber noch kaum über seine Konstituierung und die allgemeine Verteilung seiner Mitglieder in die Unterausschüsse herausgekommen, und auch die Unterausschüsse haben noch keine Arbeit geleistet. Für den gestrigen Freitag war eine Sitzung des zweiten Unterausschusses, der sich mit den Friedensmöglichkeiten während des Krieges befaßt, und der bekanntlich im vergangenen Jahr die Friedensaktion Wilsons öffentlich behandelt hat, zu einer Sitzung einberufen worden. Da aber sowohl die Vertreter der Rechtssozialisten wie die des Zentrums fehlten, konnte nur eine unverbindliche Besprechung stattfinden, die der Genosse Breitscheid leitete. Man verständigte sich dahin, daß in erster Linie die im Laufe des Jahres 1917 aufgetauchten Friedensmöglichkeiten behandelt werden sollen. Zu einstweiligen Berichterstattern wurden Freiherr von Rheinbaben (Deutsche Volkspartei) und Dr. Breitscheid (U. S. P. D.) ernannt. Weiter wurde die Schar der zu wählenden Sachverständigen besprochen.

Für den kommenden Donnerstag ist eine neue Sitzung des Unterausschusses einberufen, in der nun seine Konstituierung endgültig und die Verteilung der Arbeiten erfolgen soll. Es wäre dringend zu wünschen, daß die jaumseligen Fraktionen die Angelegenheit etwas ernster behandeln als bisher, da sonst das ganze Untersuchungsverfahren zu einer reinen Farce herabgewürdigt wird.

Die agrarischen Patrioten

Der Abgeordnete Duschke hat im Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht: „Gelegentlich meiner Vortragerei in der Rindburger und Sulinger Gegend der Provinz Hannover wurde mir verschiedentlich mitgeteilt, es ginge dort ein Gerücht um, daß aus diesen Gegenden Rindvieh nach dem Auslande

verschoben würde, und daß eine heimliche Ausfuhrzentrale sich in der Stadt Diepholz befände. Dies Gerücht trägt sehr viel zur Beunruhigung der dortigen Bevölkerung bei. Ich halte es für meine Pflicht, die Reichsregierung auf dieses Gerücht aufmerksam zu machen und frage hiermit an, ob die Reichsregierung bereit ist, Ermittlungen darüber anstellen zu lassen.“

Es ist schwer verständlich, warum die Großagrarier sich gegen die amerikanischen Milchkuhe so gestäubt haben, sie hätten sie ja mitverschoben können.

Die neuen Baltikumer

Der Allein herrscher von Ostpreußen

Zu den in Ostpreußen und Litauen neu organisierten Baltikum-Abenteurer werden von zuständigem Seite noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Der Polizeipräsident von Königsberg Läßbring, dem bereits seit einiger Zeit bekannt war, daß Abenteurer in Banden oder kleineren Gruppen die Grenzen überschritten, entsandte einen Kommissar in die Gegend von Eydtkuhnen, um genauere Feststellungen machen zu lassen. Nach seiner Schätzung beträgt die Zahl der seit Anfang Oktober Uebergetretenen bereits mehr als 10 000. Die Ueberläufer setzen sich zum größten Teil aus Erwerbslosen und den entlassenen Mannschaften der Anfang Oktober aufgelösten freiwilligen Polizeitruppe zusammen. Der Polizeipräsident ist der Meinung, daß es sich zunächst nicht um eine größere politische Organisation handele; es ist aber kein Zweifel, daß ein sehr intensiver Werbedienst stattfindet. So erschienen zum Beispiel in der „Vorder Zeitung“ Inserate, in der Leute für ein Tagesgeld von 50 Mark gesucht wurden. Als man den Inseraten nachging, wurde die Organisation dieser Werbetreibenden ausgebeutet. Obwohl der Polizeipräsident sich an den kommandierenden General der Reichswehr in Ostpreußen, v. Dassel, mit der Bitte um eine Bekämpfung des Grenzschuges gewandt hat, soll General v. Dassel dieses Gesuch ohne nähere Begründung abgewiesen haben.

Die mitgeteilten Tatsachen bestätigen, was jedem Sachkundigen schon ohnehin klar war: daß das neue Baltikum-Abenteurer mit Wissen und Willen der militärischen Befehlshaber, vor allem General v. Dassel's, organisiert wird. Es wiederholt sich genau dasselbe Bild wie im Frühjahr und Sommer 1919, wo Ostpreußen und Aurland von Ausmarschgelände der deutschen Konterrevolution auserselben waren. Die Folgen waren: zuerst der Baltikum-Skandal, der Deutschlands äußerer Politik ungeheuren Schaden zufügte, und dann der Kapp-Putsch, in dem die Baltikumer den Stoßtrupp der Konterrevolution bildeten. Anscheinend geküßelt es jetzt den Kappisten nach einer Wiederholung derselben Vorgänge in größerem Maßstabe.

Die bayerische Reaktion an der Arbeit. Der Schriftleiter der „Neuen Zeitung“ in München, Ehrhart, ist vom Münchener Volksgericht wegen fortgesetzten Vergehens der Aufreizung zum Aufruhr und Aufforderung zum Hochverrat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Die deutsche Schifffahrt in Belgien wieder zugelassen. Nach Mitteilung des belgischen Oberkommissars für die belgischen rheinischen Gebiete hat die belgische Regierung die deutsche Schifffahrt nunmehr zum freien Verkehr in belgischen Gewässern, insbesondere auch im Hafen von Antwerpen zugelassen, unter Vorbehalt der Bestimmungen des dem Justizministerium unterstehenden Sicherheitsdienstes.

Kommunistische Arbeitsgemeinschaft in Württemberg. Die linksunabhängigen beauftragten auf einer Kreisgeneralsammlung ihren Vorstand, mit der kommunistischen Partei Württembergs bis zur völligen Vereinigung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Nach keine neue Regierung in Oesterreich. In der Freitagssitzung des Hauptausschusses wurde ein Antrag Dr. Selpels, von der Bestellung einer definitiven Regierung vorläufig abzusehen, so daß bis auf weiteres die vorläufig bestellte Regierung die Geschäfte fortzuführen hätte, angenommen.

Eröffnung des belgischen Sozialistenkongresses. Sonnabend vormittag tritt der Sozialistenkongreß in Brüssel zusammen. Die wichtigsten Fragen der Tagesordnung sind: Teilnahme an der Regierung, Parteidisziplin und internationale Politik.

Die erste Verjüngungskur

Es ist doch alles schon dagewesen. Der Wiener Kliniker Steinach unternimmt es gegenwärtig, die Menschen durch Einspritzung von Tierhormonen zu verjüngen und Greisen die Kraft der Jugend wiederzugeben. Der Wunsch, sich zu verjüngen, ist ja allerzeit ein Sehnen der Sterblichen gewesen; im Mittelalter hat mehr als ein Charakter-Tränke der Jugend verkauft und das bekannte Bild der „Jungmühle“ hat, wenn man auch kein praktisches, doch historisches Interesse zu allen Zeiten gehabt. Die erste und älteste Verjüngungskur hat uns der römische Dichter Ovid in seinen Metamorphosen geschildert. Das Weib Medea ist den meisten Lesern wohl nicht unbekannt. Es ist jene Tochter des kolchischen Königs Aetes, zu welchem der Argonauten Jason zog, um das goldene Vlies zu holen. Dies gelang dem Helden bekanntlich mit Hilfe eben dieser Medea, weil sie kundig in allerlei Zauberkünsten war und die bewohenden Ungeheuer einzuschläfern und zu betäuben wußte. Da Jason sah, daß Medea die Kunstfertigkeit selber war, sprach er den eigentümlichen Wunsch aus, sie möge doch seinen Vater Aeson, der schon so außerordentlich gebrechlich sei, wieder verjüngen.

Medea traf ihre Vorbereitungen. Sie jagt Gebirgsräuber und legt diese in eine Mischung von Biechblut, Milch und Honig. Dies wird sorgsam gerührt und dann gekocht. Sobald das Gemenge aufschäumt, kommen Hühnerfedern, Getreide vom Wolf und Hirsch, Leber, sowie Eideschneehaut und Krähenfüße hinzu. Einige scharfe Säfte, Salze und Meerland vollenden das Ganze. So beschreist es Ovid, und er hat sicherlich bei dieser Genauigkeit nichts verlesen.

Genau nach den Vorschriften der heut noch geltenden Therapie macht Medea erst einen Tierversuch an einem behaarten, fleischigen Widder. Das Experiment gelingt: Das Horn wird kleiner, er blüht wie ein Lamm und hüpf umher „mit milchschwellendem Euter“.

Nun kommt der alte Aeson heran. Unser Wiener Menschenfreund spricht die Verjüngungssäfte bekanntlich in die Hoden. Das kann man nun nicht gut von einer jüdischen Königstochter verlangen. Medea geht tabulater vor. Sie durchschneidet dem alten Aeson einfach die Gurgel, läßt das alte Blut ablaufen und gießt nun einfach die neue Mischung hinein:

... plötzlich verschwindet Bart und greifendes Haar, es wälzen dunkel die Hoden, Kunsel und Magerkeit flieht und fröhliche Rote erstrahlert, Voll von generischem Blut drängt durch die Adern die Kraft, jugendlich schmelzet der Wuchs. — Der neugeborene Aeson staunt und lächelt sich ganz wie vor dem dreißigsten Jahr.

Neue Verjüngungsversuche. Geheimrat Dr. Albert Roll sprach dieser Tage über „Stetnachs Arbeiten zur Verjüngung und Geschlechtsumwandlung“. Die Entzerrung der Keimdrüsen bewirkt, daß sich die typischen Geschlechtscharaktere nicht entwickeln. Es wird aber nicht dadurch der Mann zum Weib oder das Weib zum Manne gemacht, es bleibt vielmehr gewisser-

maßen der kindliche Typus erhalten. Weiter wurde das Geschlecht umgewandelt, in dem man kastrierten Männchen weibliche Eierstöcke und umgekehrt männliche Keimdrüsen kastrierten Weibchen einpflanzte. Auch gelang es, durch Einspritzung von Geschlechtsdrüsen Drüsen zu erzeugen. Die Feststellung, daß die Geschlechtsdrüsen nicht nur der Fortpflanzung, sondern der inneren Sekretion dienen — dieser Teil der Drüse wird als Pubertätsdrüse bezeichnet — wurde zu den Verjüngungsversuchen benutzt. Künstliche Entwicklung der Pubertätsdrüse erzeugte Verjüngungsergebnisse. Schon haarlos und fast unbeweglich gewordene alte Tiere erhielten die Haare wieder und wurden lebhaft, zeigten auch wieder den Liebestrieb. Gegenüber den Versuchen an Menschen ist Moll außerordentlich zurückhaltend, zumal da man nicht weiß, ob die anscheinende Verjüngung nicht schwere anderweitige Störungen zur Folge haben kann. Er weist auch auf die strafrechtliche Seite hin, da der Arzt nicht ohne weiteres berechtigt ist, Personen ohne Heilmotiv Keimdrüsen zu entnehmen und abzutauschen, um sie alt gewordenen, die es bezahlen können, einzupflanzen.

Dr. D. Hauser, der bekannte Schweizer Arztforscher, ist unter dem Titel „Ins Paradies des Urmenschen, 25 Jahre im Dienste der Vorkulturforschung“, bei Hoffmann und Campe (Hamburg-Berlin) ein neues illustriertes Werk erschienen, eine Uebersicht über sein gesamtes Schaffen. Es gewährt einen Einblick in die Tätigkeit, Erfordernisse und Pflichten, die mit derartigen Ausgrabungen verbunden sind und enthält wertvolle Hinweise auf eine systematische Arztforschung besonders in Deutschland, die zur Zeit noch in den Anfängen liegt. Den Höhepunkt seines Forscherlebens bedeutet für Hauser die Auffindung der vollständigen Urmenschenstehlette des Homo Neanderthalensis und Aurignacensis und es dürfte noch nicht genügend bekannt sein, daß diese beiden Skelette in Berlin im Museum für Völkerkunde aufbewahrt sind, wo die Museumsleitung die Sammlungen lebendig als für Studierende und nicht als für die bildungssuchenden Schichten des Volkes bestimmt ansieht.

Uberglaube und Zauberwahn im heutigen Deutschland. Von P. Riedel. Verlag Wenzel u. Maurell, Langensalza. Preis 7,50 M. — Das Buch erörtert in klarer Weise die Grundlagen des Aberglaubens. Man kann, wie tief (oft unbewußt) der Aberglaube in das Gebiet des täglichen Lebens eingreift. Sagen, Träume, Wetter und Ernte, Tier- und Pflanzenwelt, alles gleitet am Auge des Lesers vorbei, wobei die Kirche als Bewahrende des Aberglaubens schlecht abschnidet. Dieses aufklärende Buch kann des Interesses vieler gewiß sein.

Papier als Alkermislerah. Ueber die zukünftige Verwendung des Papiers in der Industrie liest man in englischen Fachjournalen, daß es auch in der Zukunft nach den Erfahrungen der Kriegsjahre vielseitigste Verwendung finden wird. In der Koffertfabrikation, als Strickle, Schuhbänder, Treppenläufer, Bindfäden, in der Weberei und Knüpferei für Tennisplüsch, Postkarten, Bucheinbände will man es, nachdem Deutschland damit den Anfang gemacht hat, nun auch in England verwenden.

Sozialisierung des Heilwesens

Von Dr. Wilhelm Grunach

In Nr. 457 der „Freiheit“ bespricht Dr. Ruzinsky das Buch des Kollegen Koeder über Sozialisierung des ärztlichen Berufes. Es scheint mir jedoch, als ob Dr. Ruzinsky die in dem Buche niedergelegten Gedanken nicht ganz erschöpft hat. Vor allem das Wesen der Sozialisierung des Heilwesens ist bei der Besprechung nicht ganz herausgekommen und darauf scheint es mir doch anzukommen und nicht so wesentlich auf ihre äußere Form.

Koeder sagt darüber: „Sozialisiert ist ein Beruf, wenn darin gearbeitet wird

1. für die Gemeinschaft und nicht für das persönliche Interesse,
2. für den Bedarf und nicht für den Markt,
3. in gemeinschaftlicher Arbeit.

Dasselbe gilt auch für den ärztlichen Beruf.“ Während nun selbst von bürgerlichen Ärzten die Notwendigkeit der beiden ersten Punkte, wenn auch verkannt, allmählich zugegeben wird, wird der dritte Punkt von ihnen glatt abgelehnt. Koeder hebt diesen dritten Punkt als das „Kernstück der Sozialisierung“ besonders hervor und das tun wir alle, die wir für die Sozialisierung des Heilwesens kämpfen.

Die gemeinschaftliche Arbeit soll eine doppelte sein. Einmal soll es eine Gemeinschaftsarbeit mit der Bevölkerung sein. Ein von der Bevölkerung gewählter Gesundheitsrat soll die Ärzte oder allgemein die Heilpersonen in ihrer Arbeit unterstützen. Das Hauptgebiet der Unterstützung muß natürlich die Verwaltung des Heilwesens sein. Aber auch auf Gebieten, die bisher vollkommen dem Arzte überlassen waren, kann der Gesundheitsrat nützlich leisten. Z. B. in Beurteilung der Invalidentät, der Unfallfolgen und vor allem in der Beurteilung der Arbeitsfähigkeit von Kranken, die für die Ärzte häufig eine schwierige Frage ist. Berufscollegen des Patienten werden häufig mit dem Arzt zusammen ein richtigeres Urteil abgeben als Ärzte allein. An ärztlicher Facharbeit können die Laien natürlich nicht teilnehmen.

Die zweite Seite der gemeinschaftlichen Arbeit ist die der Ärzte untereinander. Nicht bloß der privatwirtschaftliche Betrieb, sondern auch der unwirtschaftliche Einzelbetrieb hat im Heilwesen gewisse Nachteile. Die kompliziertere Diagnostik und Behandlung wandern schon jetzt allmählich in die entsprechenden Großbetriebe ab. Und so ist auch das Koeder'sche Gesundheitshaus ein Kollektivbetrieb, in dem die Ärzte nicht nur Einzelsprechstunden abhalten, sondern sich auch gegenseitig unterstützen und von den darin untergeordneten Instituten unterstützt werden.

Doch ich halte es nicht für möglich, schon jetzt festzusetzen, wie der Kollektivbetrieb des näheren auszugestalten wäre. Mir scheint z. B. das Koeder'sche Gesundheitshaus für 60 000 Einwohner zu sehr zentralisiert zu sein. So gäbe es in Berlin nur 50 solche Häuser und das ergäbe für die Hilfesuchenden doch recht große Entfernungen. Und gar auf dem Lande gäbe es für einen Kreis durchschnittlich nur ein Gesundheitshaus und da wäre die Schwierigkeit der Erreichung ärztlicher Hilfe geradezu ungeheuer. Man würde mindestens auf dem Lande die Gesundheitshäuser kleiner machen und mehr verteilen müssen.

Ferner wird es sich fragen, ob man nicht allmählich dazu übergehen könnte oder müßte die Behandlung Verfallener, welche des wiederholten Besuches des Arztes bedürfen, in gut eingerichtete Krankenhäuser zu verlegen. Neben Zehntel der Kranken und besonders die Gebärenden, wären da aus diesen Gründen zweckmäßiger untergebracht als zu Hause. Wohlhabende Kranke und Gebärende suchen schon jetzt häufig das Krankenhaus auf. Und dann bedeuten die ärztlichen Besuche eine ungeheure Verschwendung von Zeit, die besser für Behandlung angewendet wäre.

Doch dies sind Fragen der Zweckmäßigkeit, die sich nur in der Praxis entscheiden lassen. Ich komme auch nur deshalb darauf, weil Koeder die Form der Gesundheitshäuser so ausführlich schildert. Das wesentliche ist der Grundgedanke, den auch Koeder ausdrückt: der ärztliche Privat- und Einzelbetrieb hat abgewirtschaftet, da Bevölkerung und Heilpersonen in gleicher Weise darunter leiden. Deshalb ist die Sozialisierung des Heilwesens ein dringendes Erfordernis.

Vergrabene Geschätze in Pommern

Vor kurzem ging durch die Presse eine Notiz, daß sich auf pommerschen Gütern immer noch verstaubte Geschätze befinden, die der Waffensabgabe entzogen werden. Wie die P. B. R.

Das „überkonfessionelle“ Haus. In Berlin-Niederschöneweide ist vor kurzem die Grundsteinlegung zu dem ersten überkonfessionellen Haus auf einem von der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellten Gelände erfolgt. Die Festrede hielt Genosse Dr. Krieger. In dem Hause sollen literarische und wissenschaftliche Vorträge, musikalische und Landarbeiten stattfinden. Der Bundesvorsitzende Dr. Kay vollzog dann die Grundsteinlegung. Der Bau soll 5 Millionen Mark kosten. Der Überkonfessionellismus will weder eine neue Religion, noch eine Konfessionslosigkeit sein. Um die Idee der Durchführung der „überkonfessionellen Religionspflege“ zu verwirklichen, will der Bund in der ganzen Welt überkonfessionelle Häuser errichten, die durch Architektur, Malerei und Plastik besonders ausgezeichnet sind. Wie die konfessionellen Häuser zur Trennung der Menschen von einander beigetragen haben, so sollen die überkonfessionellen Häuser vereinen. Dieser Gedanke ist gut gemeint, aber auf diese Weise allein schwerlich zu verwirklichen.

Zum Fall Georg Kaiser. Der Schutzbund Deutscher Schriftsteller hat an das Bayerische Justizministerium eine Eingabe gerichtet: Seine anerkannte Bedeutung als Dichter erfordert die Zulassung aller erdentüchtigen Freiheiten im Rahmen der Gesetzgebung, zumal die Nachrichten über die bisherige Behandlung Georg Kaisers in den Kreisen der deutschen Schriftsteller höchsten Befremden erregt haben.

Im Staatlichen Schauspielhaus spielt bei der am 5. November stattfindenden Erstaufführung von Shakespeares „Richard III.“ Fritz Kortner die Titelrolle. Regie: Leopold Jessner. Szenischer Entwurf: Emil Pirchan.

Neues Theater. In der am Dienstag, den 2. November stattfindenden Aufführung von Ungers Kammerstück „Mutter und Sohn“ hat die Rolle der erkrankten Frau Elise Lehmann, Leonie Duval vom „Deutschen Theater“ übernommen, in den anderen Rollen sind beschäftigt: Ida Orloff a. G. und Rosa Schäffel. Regie: Emil Jessner.

Eine kommunistische Universität in Moskau. In Moskau wurde die kommunistische Universität Swerdown gegründet, welche mit ihren Vorlesungen nur für Arbeiter am 1. Dezember d. J. beginnen soll.

In Bologna ist die russische Volkshochschule für Bauern und Arbeiter eröffnet worden. Von jedem Amtsbezirk der Gouvernements wird ein Hörer aufgenommen. Der in Moskau tagende Kongress für technische Ausbildung beschloß folgende Typen von technischen Schulen in alternativer Zeit zu eröffnen: Für Hörer mit Volkshochschulbildung Technikum mit vierjährigem Programm, Technische Abendkurse für Arbeiter und Schulen mit vierjährigem Programm zur speziellen Ausbildung von Technikern.

Kunsthilfen an den französischen Staat. Dem Beispiele des großen Bildhauers Rodin folgend, der sein gesamtes Lebenswerk dem Staate vermacht, hat der berühmte Maler Claude Monet jetzt der französischen Republik zwölf seiner schönsten Bilder zum Geschenk gemacht.

erfahren, hat man an zünftiger Stelle Gelegenheit genommen, sich nach den inzwischen einwandfrei ermittelten Sachverhalt zu erkundigen, und man hat bei dieser Gelegenheit erfahren, daß bisher in der Tat auf dem in den Kottlen genannten Gute Gellin, im Kreise Neu-Stettin, dessen Besitzer ein ehemaliger Offizier ist, auf Veranlassung des Landrates Pajschl, drei Geschütze mit allem Zubehör und Munition ausgegraben worden sind.

Die kommunistischen Keimzellen

Beschluß der KfA-Organisationen

Am Mittwoch, den 27. Oktober, beschäftigte sich eine Konferenz der Delegierten und Vorstandsmitglieder der KfA-Organisationen mit den Bestrebungen der Kommunisten und Linksunabhängigen, die Gewerkschaften mit kommunistischen Parteizellen zu durchsetzen.

Kollerbohm vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten hielt das einleitende Referat. Er wies darauf hin, daß diese Frage vorläufig zwar noch eine theoretische wäre, daß jedoch die Gewerkschaften rechtzeitig Vorbeugungsmassnahmen zu ergreifen hätten. Diese Vorbeugungsmassnahmen müssen darin bestehen, innerhalb der Gewerkschaften die politische Neutralität zu bewahren. Nur so könne die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung gewahrt werden. Den Spaltungsbestrebungen müssen die Gewerkschaften rechtzeitig und energisch entgegenzutreten.

In der Diskussion wurde verlangt, daß die Gewerkschaften keine abwartende Stellung einnehmen sollen, sondern gegen die Zersplitterungsversuche energisch zum Angriff übergehen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am Mittwoch, den 27. Oktober 1920, in Hamburger Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Vertreter und Vorstandsmitglieder der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände betont erneut die Notwendigkeit der Einheit und die Wahrung der parteipolitischen Neutralität der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung. Sie sieht in dem Beschluß des 2. Kongresses der 3. (kommunistischen) Internationalen, nach welchem die der kommunistischen Partei angehörenden Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet sind, innerhalb der Gewerkschaften kommunistische Zellen zu bilden, den unzweifelhaften Versuch, die freien Gewerkschaften in den Dienst der kommunistischen Partei zu stellen. Bestrebungen dieser Art würden eine schwere Verletzung der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften darstellen, innere unnötige Kämpfe und Spaltungsversuche in den Gewerkschaften heraufbeschwören und die Schlagkraft und Stützpunkt der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung lähmen.“

Die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten eine innere Schwächung der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung nicht. Von ihr haben nur Unternehmertum und die mit diesen koalitierten gelben Angestelltenorganisationen Vorteil. Wir verurteilen die Schaffung kommunistischer Keimzellen innerhalb der Gewerkschaften bezwungen, ist demgemäß ein Feind der parteipolitisch neutralen freien Gewerkschaftsbewegung, fördert die gelben Verbände und erschwert den Kampf gegen den Kapitalismus.

Die der KfA angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet, sofort und energisch der Bildung kommunistischer Parteizellen innerhalb der Gewerkschaften entgegenzutreten und gegen Mitglieder, die im Sinne der kommunistischen Parteigewerkschaften schädigend wirken, mit allen jährgemässen zulässigen Mitteln vorzugehen.“

Die der KfA angeschlossenen Organisationen wurden beauftragt, für die strikte Durchführung dieser Entschlüsse innerhalb ihrer Gewerkschaft energisch einzutreten.

Kurzichtiges Sparen

Eine Warnung der Beamten- und Angestelltenvereine

Wolffs Bureau meldet: Der zweite Beamtentag des Deutschen Beamtensbundes, der mehr als 14 Millionen Beamte vertritt, hat am 27. Oktober folgende Entschlüsse angenommen: Der vom 25. bis 27. Oktober 1920 in Berlin tagende zweite Beamtentag des Deutschen Beamtensbundes warnt Regierung, Volksoberleitung und Öffentlichkeit in zwölfter Stunde, die letzte wirtschaftliche Widerstandskraft der Beamtenschaft durch kurzichtiges Sparmassnahmen zu vernichten und dadurch das Rückgrat des Staates zu zerbrechen. Voraussetzung für den Erfolg der unbedingt nötigen gerechten Lösung der Besoldungsfrage ist es, daß alle Wege beschritten werden, die geeignet sind, die Kaufkraft des Geldes zu heben. Während Arbeitslohn und werbendes Kapital bis zur Unerschöpflichkeit durch Steuern belastet sind, sei der Spekulation mühelose Triumphe. Der zweite Beamtentag verlangt, daß hiergegen endlich mit rücksichtsloser Energie vorgegangen wird. Insbesondere fordert er, daß jeder Mehrwert an Grund und Boden, der aus der Arbeit der Gesamtheit entsteht, die Grundrente, sowie alle arbeitslosen Gewinne aus Monopolen und Valutano restlos den Zwecken der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Nur hierdurch ist es möglich, die deutsche Volkswirtschaft wieder leistungsfähig zu machen und zu befestigen, nur dann kann mit den Milliardenanwendungen für die Beamtensbesoldung eine wirkliche und wirksame Besoldungsreform geschaffen werden. Wir kommen auf die Tagung des Beamtensbundes noch zurück.

Aus den Organisationen

9. Distrikt. Am Donnerstag fand in der Schulaula, Poststrasse, die Distrikts-Generalsammlung statt, die gut besucht war. Genosse Köhler gab den Bericht vom Parteitag. An der Bericht schloß sich eine rege Aussprache. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die versammelten Genossen des 9. Distrikts stellen sich einmütig auf den Boden des Leipziger Programms der U.S.V.D. und begrüßen das von der Parteileitung veröffentlichte Manifest. Sie geloben, mit allen ihren Kräften für die Ausbreitung der Partei tätig zu sein, für die Verbreitung der Presse zu sorgen und fortgesetzt im Sinne des revolutionären Sozialismus nicht den Bruderkampf, sondern den Kampf gegen den gemeinsamen Feind — die politische Reaktion — mit allem Nachdruck zu führen.“ — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Grafe, 2. Vorsitzender: Henkel; Schriftführer: Fenslerau, Ligner; 1. Kassierer: Apple, 2. Kassierer: Guse; Revisoren: Fiehbörth, Thieme, Schenk; Mitglied der Prekominmission Koppe.

13. Distrikt. Der 13. Distrikt hielt am Dienstag seine sehr gut besuchte Generalsammlung ab. Genosse Barth, der den Bericht vom Parteitag gab, rechnete in seinem, mit großem Beifall aufgenommenen Referat, mit den Neukommunisten und Nationalisten scharf ab. Die Wahl des Vorstandes zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vor. Richard Treptow, 2. Vor. Hermann Weber, 1. Kassierer: Adolf Kollberg, 2. Kassierer: Paul Redding, 1. Schriftf. Martin Mikalef, 2. Schriftf. Otto Sider, Revis. Genossin Weber, die Genossen Lorenz, Krause, Lichte; Prekominmission Bruno Groppler, Erghmann Georg Müller sen.; Frauenarbeitskommission Genossin Callies, Kinderarbeitskommission Genossin Müller.

Preussische Landesversammlung

Beratung der Verfassung

Freitag, den 29. Oktober 1920.

Die zweite Lesung der Verfassung wird fortgesetzt mit der Abstimmung über die Anträge zu § 1.

Der Antrag Ludwig (U.S.) auf Abbrechung der Verhandlungen bis zur Durchführung der Einheitsrepublik Deutschlands wird gegen die Stimmen der beiden Unabhängigen abgelehnt.

Ein Antrag Herzog (D.-Nat.), der die Zustimmung zu Veränderungen des Staatsgebietes nur unter den Bedingungen einer Verfassungsänderung erfolgen lassen will, wird ebenfalls abgelehnt. Dagegen wird ein anderer Antrag Herzog (D.-Nat.), daß als

Landesfarben die Farben schwarz-weiß

festgelegt werden sollen, mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Demokraten gegen eine starke Minderheit der sozialistischen Fraktion angenommen.

§ 1 lautet nun:

„Preußen ist eine Republik und Glied des deutschen Reiches. Die nach der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung Preußens zu Gebietsänderungen erfolgt durch Gesetz. Die Landesfarben sind schwarz-weiß.“

Gegen die Stimmen der Unabhängigen wird der Paragraph in dieser Fassung angenommen.

Es folgt Abschnitt 2 „Die Staatsgewalt“. Nach § 2 ist Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit des Volkes. § 3 regelt die Abstimmung (Volksbegehren, Volksentscheid und Volkswahl). § 4 besagt, daß das Staatsministerium namens des Volkes die Regierung führt.

Abg. Berlen (U.S.) begründet zum § 2 einen Antrag, wonach Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit des arbeitenden Volkes sein soll. Zum arbeitenden Volk soll nicht gehören, wer seinen Lebensunterhalt aus Kapitalen oder Grundrenten bezieht; das arbeitende Volk hält den Staat aufrecht, die anderen sind nur Nutznießer seiner Arbeit.

Der Antrag wird gegen die beiden unabhängigen Gruppen abgelehnt und der Paragraph in der Ausschussfassung angenommen, ebenso § 3 (Volksabstimmung).

Beim § 3 b (Ausübung des Stimmrechts) beantragt Abg. Siering (Soz.) Streichung des Absatzes, nach welchem das Stimmrecht für die Soldaten ruhen soll.

Abg. Obusch (U.S.) widerspricht. Nur das arbeitende Volk darf das Stimmrecht ausüben. Wir beantragen Entziehung des Wahlrechts für die Angehörigen von Reichswehr und Marine. Abg. Siering (Soz.): Dieser Standpunkt ist unsozial und un-demokratisch. Wir wünschen das Stimmrecht für alle Männer und Frauen.

Abg. Heilmann (Soz.): Der Begriff „Stimmrecht der Soldaten“ ist mißverständlich; Offiziere sind beispielsweise keine Soldaten. Der Antrag der Unabhängigen auf Ausschluß der Kapital- und Grundrentener ist vollkommen sinnlos.

Der Antrag wird gegen die sozialistischen Gruppen abgelehnt, ebenso die Änderungsanträge der Unabhängigen, es bleibt bei der Ausschussfassung.

Am § 3 c wird, wie in der Reichsverfassung, bestimmt, daß über Finanzfragen ein Volksbegehren nicht zulässig ist. Zu Antrag Koch-Odenhausen (D.-Nat.) wird Absatz 5 dahin geändert, daß ein Volksentscheid nicht stattfindet, wenn der Landtag dem Volksbegehren entsprochen hat.

Zum § 4, nach welchem das Staatsministerium die oberste vollziehende und leitende Behörde des Staates ist, liegen zwei Anträge der Rechtsparteien vor auf Einführung eines Staatspräsidenten.

Die Einrichtung eines Staatspräsidenten wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien abgelehnt, § 4 in der Ausschussfassung angenommen.

Beim § 4 a beantragt

Abg. Dr. Cohn (U.S.), den Absatz 1 „Die Rechtspflege wird durch unabhängige, nur den Gesetzen unterworfenen Richter ausgeübt“ zu streichen. Die Rechtspflege ist Sache des Reichs. Man will durch diesen Absatz nur die Stellung des gelehrten Richters stärken, weil man die Volksgerichte fürchtet. Die bayerischen Volksgerichte widersprechen allerdings der Reichsverfassung. (Hört, hört! links.) Die Reichsregierung die sonst so schnell mit Ausnahmemaßregeln zur Hand ist tut dagegen nichts. Von einer wahren Unabhängigkeit der Richter kann im bürgerlichen Staat überhaupt nicht gesprochen werden (Zustimmung links), denn die Klassenzugehörigkeit der Richter zwingt sie zur Stellungnahme gegen die, welche der bürgerlichen Staat bekämpfen. Ich erinnere an die Saufen der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Abg. Berndt-Stettin (Dem.): Wer an der Unabhängigkeit des Richters rüttelt, rüttelt an dem Fundament des Staates.

Abg. Heilmann (Soz.): Ich kann dem Abgeordneten Dr. Cohn nur durchaus zustimmen. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.) Aber die Klassenjustiz gehört jetzt nicht hierher. Der Satz von der Unabhängigkeit der Richter stellt nur eine Forderung auf nicht eine Aussage über den Zustand. Und in dieser Forderung sind wir uns wohl alle einig. (Hört, hört! rechts.) Wir legen übrigens den Hauptwert auf den zweiten Satz, nach welchem Urteile im Namen des Volkes ergehen. Dr. Cohn hat gesagt: die Richter haben sich zu Bütteln der Regierung hergegeben. Das ist für die Vergangenheit unabweisbar richtig. (Große Lärm rechts. — Rufe: Nein, nein! — Zuruf links: Das ist heute noch so!) Heute ist es leider nicht so, heute nehmen die Richter keine Rücksicht auf die Regierung, sondern suchen ihr am möglichst unbedeuten zu werden. (Unruhe rechts.) Bei der Einfügung dieses Absatzes hatten wir nicht die Absicht, die um Dr. Cohn unterlegt.

Abg. Dr. v. Arles (D.-Nat.): Wir können froh sein, wenn die preussische Justiz so bleibt, wie sie gewesen ist. (Beifall rechts. — Lärm links.)

Die Abg. Dr. Leibig (D. Vp.) und Dr. Reineke (Zit.) protestieren gegen die Angriffe auf den Richterstand.

Abg. Heilmann (Soz.): Ich habe niemals von bewaffneter Rechtsbeugung gesprochen oder die Richter persönlich verunglimpft, sondern nur ein sachliches Werturteil abgegeben. (Lärm rechts.)

Der unabhängige Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt, § 4 a angenommen.

Es folgt Abschnitt 3, Landtag (§§ 5 bis 24).

Im § 5 wird für das preussische Wahlrecht das 25. Lebensjahr festgesetzt. Ein Antrag Siering (Soz.) verlangt dafür das 20. Lebensjahr.

Abg. Herberich-Stettin (Soz.): In der Fassung der Ausschussvorlage sehen wir eine Entrechtung weiter Kreise des arbeitenden Volkes.

Abg. Obusch (U.S.): Die Schranke der 25 Jahre ist un-demokratisch.

Der Antrag Siering wird gegen die sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Zu § 9 (Dauer des Landtags) beantragen die Sozialdemokraten eine dreijährige, die Unabhängigen eine zweijährige Legislaturperiode. Beide Anträge werden abgelehnt.

Es folgt Abschnitt 3a „Staatsrat“.

Abg. Dr. Hecht (D.-Nat.): Wir beantragen, daß eine wesentliche Zahl der Sitze im Staatsrat von Vertretern der Berufsstände eingenommen wird, daß sie aber insgesamt 100 nicht übersteigt.

Abg. Ludwig (U.S.): Wir lehnen den Staatsrat in jeder Form ab. Er kann höchstens die Arbeit des Landtags sabotieren. Die Rechte will aus dem Staatsrat nur eine Aufwandsfunktion über den Landtag machen, die nach ihren Wünschen zusammengesetzt ist. (Hört, hört! links.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

